

Antrag 03

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Forum demokratischer Sozialismus Hessen

Antragsbegehren: Defizite in der sozial-ökologischen Politik überwinden

Antrag: Der 13. Landesparteitag möge den folgenden Antrag beschließen:

Defizite in der sozial-ökologischen Politik überwinden

Die weiterhin ungebremste Erderwärmung und zusätzlich der Verlust der Artenvielfalt gehören zu den wichtigsten Bedrohungen derzeit. Die Klimakrise ist nicht mehr das Problem einer fernen Zukunft. Die wissenschaftlich identifizierten klimatischen Kipppunkte geben das Zeitfenster vor, das uns verbleibt, um wirksame sozial-ökologische Maßnahmen umzusetzen. Das verengt den zeitlichen Horizont für linke Alternativen.

Rot ohne Grün geht nicht

DIE LINKE hat viele Beschlüsse zur sozial-ökologischen Frage gefasst, beeindruckende Konferenzen durchgeführt und viele Texte geschrieben. Der Widerhall davon in der zumeist jungen Umweltbewegung und auch bei den Wahlen, bei denen das Klimathema eine entscheidende Rolle spielt, ist schwach.

Es fehlt nicht an Wissen und nicht an Vorschlägen zu den notwendigen und wirksamen Maßnahmen im Umwelt- und Klimaschutz. Es sollte selbstverständlich sein, dass wir als Linke die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der weiteren Erderwärmung unterstützen. Aber dazu müssen wir uns auch den Widersprüchen und Fehlurteilen in der Gesellschaft und bei uns selber stellen.

Der Arbeitsplatz wird für einen wachsenden Teil der Belegschaften über das bisherige Maß zu einem dominierenden Thema werden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid 19-Krise sind dabei nur ein Faktor. Digitalisierung, Globalisierung und die öffentliche Diskussion und Forderungen nach dem ökologischen Umbau führen zu strukturellen Veränderungen, die Beschäftigte als Bedrohung ihrer sozialen Existenz empfinden können.

Gerade hier liegt die Aufgabe unserer Partei das umzusetzen was Hans-Jürgen Urban, gesch. Vorstandsmitglied der IGM, so formuliert: Auch alle Konzepte „Guter Arbeit“ müssen heute aus der Perspektive einer nachhaltigen Arbeitsökologie formuliert werden.“ Wir können uns nicht auf Arbeitsplätze und das Soziale konzentrieren und das Klima den GRÜNEN überlassen. Je mehr es gelingt die Leute, auch als Arbeitnehmer*innen, bei der Klimafrage mitzunehmen, wird das nötigen Tempo und der nötige gesellschaftliche Druck für wirkliche Änderungen erreicht werden.

Wohlstand durch Wachstum?

Wir wollen globale und lokale Entwicklungen so beeinflussen und gestalten, dass die sozialen und ökologischen Probleme demokratisch und gerecht gelöst werden. Diese Lösungen müssen wir für einen gesellschaftlichen Dialog vorschlagen. Es muss deutlich werden: DIE LINKE will, dass die Menschen beim sozial-ökologischen Umbau eine aktive Rolle haben, dass wir aber auch mit denen streiten, die Umwelt und Klimaschutz unter einen generellen Sozialvorbehalt stellen wollen.

Auch für unsere wichtige Kampagne zum Wohnen ergeben sich wichtige Aufgaben. Auch dort zeigen sich die vielfältigen und gravierenden Widersprüche zwischen dem Wunsch nach Ausweitung des preiswerten Wohnungsangebots und den Fragen der Gesundheit, des Klimas und der Stadt- und Wohnökologie.

Das gilt auch für die Behauptung, der Kapitalismus braucht Wirtschaftswachstum. Lange Zeit dominierte im industriellen Norden die Auffassung, gesellschaftlicher Wohlstand beruhe auf Wirtschaftswachstum.

53 Wachstumskritik ist aber notwendig, ja angesichts wachsender Ungleichheit und der anstei-
54 genden Gefährdung von Klima und Umwelt geradezu zwingend.

55
56 Für einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz sind dringend Veränderungen des Produ-
57 zierens und Wirtschaftens notwendig, die auf Reduzierung des Energieverbrauchs und des
58 Ressourcenverbrauchs beruhen.

59
60 **Sozial-ökologischer Umbau und Gewerkschaft**

61 Gewerkschaften und Beschäftigte spielen in der Frage der sozial-ökologischen Veränderung
62 der Gesellschaft bislang nicht die zentrale Rolle.

63 Auch und gerade die Gewerkschaften stehen vor der Notwendigkeit, soziale Interessenpoli-
64 tik in das Projekt einer ökologischen Transformation zu integrieren. Dazu sollten wir beitra-
65 gen.

66
67 Eine klare Forderung nach Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist auch im Zusammenhang
68 der Klimapolitik bedeutsam. Das sowohl im Zusammenhang mit dem Abkoppeln vom Wachs-
69 tumsdogma als auch direkt vor dem Hintergrund der notwendigen CO₂-Reduktion.

70
71 Die Forderungen, den kommunalen Klimanotstand zu beschließen beinhalten, dass alle Be-
72 schlüsse auf ihre Umwelt- und Klimafolgen hin bedacht werden sollen.

73 Das sollte fortan auch uneingeschränkt für die politischen Beschlüsse und Initiativen der LIN-
74 KEN gelten.